

Die NATO beginnt in der Ukraine einen Zermürbungskrieg

26 Okt. 2022 09:36 Uhr

Für russische Analytiker steht fest - ohne die Unterstützung durch die NATO hätte die Ukraine längst verloren. Aber der Westen werde nicht aufgeben. Sowohl eine weitere Eskalation als auch eine Ausweitung auf einen neuen Schauplatz seien denkbar.



Quelle: Sputnik © Sergej Awerin

Symbolbild; Zerstörungen nach Beschuss in Donezk, 16.10.2022

Von Rafael Fahrutdinow

Ein Wechsel der Taktik der USA und ihrer Verbündeten in der Ukraine zeichnet sich ab – sie versuchen, Russland in einen langwierigen "Zermürbungskrieg" hineinzuziehen. Zu diesem Zweck vervielfacht die US-Militärindustrie die Produktion von Munition, um den Nachschub für Kiew zu erhöhen. Zu welchen weiteren Provokationen will der Westen in der Konfrontation mit Russland greifen?

"Die Amerikaner tun mittlerweile alles, um die Produktion von Munition auszuweiten. Washington sucht neue Auftragnehmer und seine Bestellungen verlangen drei- oder sogar fünftausend Geschosse pro Monat, statt der üblichen eintausend Stück – alles für den Bedarf der ukrainischen Streitkräfte. Ein Schema kommt ins Spiel: Neue Geschosse werden in die Arsenale des Pentagons geschickt, und alte Munition wird von dort nach Kiew verfrachtet", erzählte der Militärexperte Juri Knutow, Direktor des Museums der Luftabwehrtruppen. Er hielt eine Rede beim Runden Tisch "Konfrontation mit NATO-Ländern: von der karibischen zur ukrainischen Krise", der vom Experten-Institut für Sozialforschung organisiert wurde.

Dem Analysten zufolge zeichnet sich der wichtigste Moment in den Kampfhandlungen ab: Die Spezialoperationen entwickelt sich zu einem "Zermübungskrieg". "Unser jüngster Raketenschlag, der einen Teil des ukrainischen Energiesektors sowie Kommunikations- und Kontrollknoten der ukrainischen Streitkräfte (AFU) ausgeschaltet hat, veränderte die Lage an der Front zu unseren Gunsten. Demzufolge ist unser Feind gezwungen, einen langwierigen Wettkampf zu führen, bei dem es um die Frage geht, wessen Wirtschaft den Kämpfen länger standhält", erklärte Knutow.

Die AFU erhalten alles Notwendige kostenlos von den NATO-Ländern, betonte der Teilnehmer des Runden Tisches. Faktisch ist die Ukraine bereits zu einem der Staaten dieses Militärblocks geworden. "Die Eskalation der militärischen und politischen Situation in den letzten Tagen lässt keinen Zweifel daran, dass die Russische Föderation derzeit eine militärische Spezialoperation nicht gegen die ukrainische Armee, sondern gegen NATO-Truppen führt", erklärte Pawel Danilin, der Direktor des Zentrums für politische Analyse und Sozialforschung.

Der Staatsduma-Abgeordnete und Politologe Oleg Matweitschew lieferte Statistiken darüber, in welchem Umfang die westliche Versorgung der Ukraine mit gepanzerten Fahrzeugen, Waffen, Geschossen und Munition erfolgt. "Verschiedene Länder haben der Ukraine bisher Militärgüter im Wert von 41,3 Milliarden Euro geliefert. Die absolute Mehrheit stammt aus den Vereinigten Staaten – 27,7 Milliarden –, und das völlig unentgeltlich. Es geht nicht um Kredite, sondern um direkte Unterstützung. Das Vereinigte Königreich brachte 3,7 Milliarden Euro ein, die Europäische Kommission 2,5 Milliarden Euro, Polen 1,8 Milliarden Euro und Deutschland 1,2 Milliarden Euro", zählte er auf.

"Zusätzlich haben andere Länder und verschiedene internationale Institutionen 6,7 Milliarden Euro an Militärgütern bereitgestellt. Wie man sieht, kommt von Europa nur ein Bruchteil, von Amerika die Hälfte. Es gibt Länder, die mehr ausgeben, wenn man ihre Beträge mit der Gesamtgröße der Wirtschaft vergleicht. Estland und Lettland tragen fast ein Prozent ihres BIP bei. Für ein kleines Land ist das eine Menge Geld, auch wenn diese Beträge in der Summe unbedeutend sind. Im Allgemeinen verhalten sich die baltischen Staaten aufopferungsvoll, sie ziehen das letzte Hemd aus, im Gegensatz zu den Amerikanern", ironisierte Matweitschew.

Seiner Meinung nach wäre die Ukraine nicht in der Lage, den Krieg ohne die USA fortzusetzen. "Der Betrag von 41 Milliarden Euro ist eindeutig nicht die Obergrenze. Mal sehen, wie viel noch dazukommen wird", bemerkte der Parlamentarier.

Matweitschew erwartet zudem schon bald eine größere Provokation des Westens in der Ukraine, bei der er Moskau beschuldigen wird. "Der Westen unterstellt Russland den Einsatz von Atomwaffen in der Ukraine, obwohl Moskau keine derartigen Aussagen gemacht hat. Ich denke, dass die NATO und die USA selbst eine solche Katastrophe in der Ukraine verursachen könnten, von der Millionen von Ukrainern betroffen wären. Jedoch sind dem Westen weder diese Menschen noch dieses Gebiet von Bedeutung. Sie sind bereit so weit zu gehen, Russland des Einsatzes von Atomwaffen zu beschuldigen", räumte er ein. Seiner Meinung nach könnte das russische Außenministerium eine "präventive" Erklärung zu diesem Thema abgeben.

Außerdem könnte der Westen in naher Zukunft einen neuen "Hotspot" schaffen – dieses Mal in der Transnistrischen Moldawischen Republik (TMR), meint der Parlamentarier. "Obwohl Transnistrien über eigene ernst zu nehmende Verteidigungskräfte verfügt und dort auch ein russisches Friedenskontingent

stationiert ist, scheint dem Westen die geopolitische Lage der TMR sehr gelegen zu kommen, um gerade dort Provokationen zu veranstalten. Schließlich lagern dort große Mengen an sowjetischen Waffen – im Dorf Kolbasna, und das schafft günstige Bedingungen für eine Eskalation", so die Annahme Matweitschews.

Dieser Meinung war auch der politische Beobachter des Radiosenders *Moskau Spricht* und Mitglied der Öffentlichen Kammer der Hauptstadt Alexander Asafow. Er verwies auf jüngste Berichte, wonach sich die rumänische Armee auf bewaffnete Provokationen in Transnistrien vorbereitet. "Ich denke nicht, dass die 'Stellvertreterstaaten' der NATO derzeit über genügend Ressourcen verfügen, um einen weiteren Spannungsbogen in der TMR zu schaffen. Doch wir beobachten eine Umgruppierung von AFU-Einheiten in Richtung Transnistrien. Deshalb kann man nichts ausschließen", meint der Sachverständige.

Die Spekulationen über die Möglichkeit einer nuklearen Detonation in der Ukraine erinnern an die Kuba-Krise zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im Herbst 1962, meint Danilin. "Damals gelang den beiden Ländern am Ende eine Einigung – die Regierung der UdSSR akzeptierte die Forderung der USA, sowjetische Atomraketen aus Kuba abzuziehen, während Washington mit Sicherheitsgarantien für Havanna und einem Abzug der US-Raketen aus der Türkei und Italien reagierte", rief er in Erinnerung.

Der Experte beklagte, dass die Desintegration der Sowjetunion es den USA Jahrzehnte später ermöglichte, an den Grenzen Russlands wieder eine Eskalation zu entfachen.

"Im vergangenen Jahr wurde die Akutphase des Konflikts erreicht. Damals wandte sich Moskau an die Vereinigten Staaten mit Vorschlägen, um die Spannungen auf dem europäischen Kontinent zu entschärfen. Allerdings wurden sie ignoriert, wobei das weitere Vorgehen Washingtons und Kiews auf die Absicht hindeutete, den Konflikt weiter zu eskalieren. Gerade dies war der Anlass für die Einleitung einer militärischen Spezialoperation zur Demilitarisierung der Ukraine. Die legitimen Sicherheitsinteressen eines Staates wurden von anderen bedeutenden geopolitischen Akteuren ignoriert, was wiederum zu einer gewaltigen Konfrontation führte. Die Lehren aus der Karibikkrise scheinen in Vergessenheit geraten zu sein", resümierte Danilin.

Übersetzt aus dem [Russischen](#).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.